

Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt
Morgen - Ausgabe

Erstmal täglich abends! Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementpreis für Berlin:
75 Pf. monatlich

Haupt-Expedition:
SW. Hauptallee Nr. 46/49
Telephon Amt 1a Nr. 1031-1044.

Redaktion: Bernauer Straße 46/49.
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Karl Vossler, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Roosevelts politisches Testament.

Wie aus Washington telegraphisch wird, hat der Präsident Roosevelt dem amerikanischen Kongress, der dort am Montag zusammengetreten ist, eine Botschaft

eine Botschaft

gegeben lassen, die gewissermaßen das politische Testament des hiesigen kürzlich aus seinem Amte scheidenden Präsidenten darstellt. In der Botschaft heißt es:

Die Finanzlage des Landes ist gegenwärtig ausgezeichnet, und die Finanzpolitik der Regierung hat in den letzten sieben Jahren die besten Ergebnisse erzielt. Doch ist unser Gebührensverhältnis mangelhaft. In dem Zeitraum vom 1. Juli 1901 bis 30. September 1908 hat sich im ganzen ein Überschuss von fast hundert Millionen Dollar ergeben. Ferner eine Verringerung der veranschlagten Schuld um 90 Millionen und eine Ersparnis von fast 9 Millionen an den jährlichen Zinsen. Dies ist ein außerordentlich befriedigendes Ergebnis. Während dieses Zeitraumes sind keine neuen Steuern eingeleitet worden, keine der bestehenden Steuern ist erhöht, im Gegenteil, einige Steuern sind abgehebt worden.

Die Eisenbahnen des Landes sollten vollständig der Kommission für öffentlichen Handel unterstellt und dem Gebiete des Antitrust-Gesetzes unterzogen werden. Auch die Telegraphen- und Telephongesellschaften, die am öffentlichen Verkehr beteiligt sind, sollten der Kommission für öffentlichen Handel unterstellt werden. Es ist erwünscht zu wünschen, daß unser Volk durch seine Vertreter in dieser Angelegenheit handelt.

Der wichtigste Gegenstand, mit dem sich die Botschaft beschäftigt, ist

die Arbeiterfrage.

In dieser Beziehung führt der Präsident an:

Beispiel der Lohnarbeiter hin die Arbeit, daß alle, mögen sie soziale Arbeit oder Kapitalisten verdienen, mögen sie für den Markt produzieren oder für die produktivsten Mittel einen Markt finden, einen weit größeren Anteil als jetzt an den Reichtümern haben sollten. Die Menschen und in den Stand gesetzt werden sollten, ihren Anteil in den Gewinnen und Verlusten anzulegen, mit denen alle Arbeit angeheftet wird. Soweit das möglich ist, hoffe ich, eine gemeinsame Anerkennung der Vorteile zu sehen, die Maschinen, Organisation, Erweiterung bieten, und damit verbundenen Verteilungen, einen Anteil an den Vorteilen der Lohnarbeiter zu geben, die sich durch die Erfindung der Arbeiter verboten, Frauenarbeit zu mindern und die Arbeitszeit aller Handwerker herabzusetzen. Auf große Vermögen sollte eine progressive Erbschaftsteuer gelegt werden; gewöhnlicher Unterhalt sollte gefördert werden. Soweit möglich, sollte die Steuerlast des kleinen Mannes erleichtert werden. Wirtschaftlich, schwere Arbeit, geschäftliche Energie sollten wir fördern, jedoch nicht übermäßig, sondern nur für alle Vorkommen in dieser Saison beschäftigen; mit der Konkurrenz der Lohnarbeiter die unter unserem jetzigen Industrialismus und Leben kommen, vertrieben oder in Folge der regelmäßigen Fortschritte bei einer bestimmten Mäßigkeit arbeitsfähig werden. Der Gehalt der Lohnarbeiter trägt die Rechte durch die einzelnen Staaten gewährleistet werden, die Nationalregierung oder sollte in gründlicher und weitestgehend Weise arbeitsrechtliche Maßnahmen treffen nicht nur für alle Angehörigen der Nationalregierung, sondern auch für alle Regionen, in die öffentlichen Handel beschäftigt sind. In keinem anderen Beziehung ist unsere Gesetzgebung, sowohl die der Staaten wie die des Bundes, so weit hinter der ganzen zivilisierten Welt zurück, als in der Frage der Forderung und der Entschädigung bei gewöhnlichen Unfällen. Es ist notwendig für uns, daß bei europäischen internationalen Konferenzen, auf denen die Unfallversicherung behandelt wird, die Vereinigten Staaten beileibe nicht fehlen sollen als die auf dem Gebiete der Gesetzgebung vordringende Nation. Ich erneuere meinen in einer früheren Botschaft erwähnten Wunsch, allen von der Regierung beschäftigten Lohnarbeitern während des Sommer einen Urlaub zu gewähren, ebenso wiederhole ich meinen Wunsch, daß das Prinzip des Achtstundentages so schnell und so weit als möglich auf alle Arbeiten ausgedehnt wird, die von der Regierung ausgeführt werden.

Die Botschaft berührt dann unter anderem die Frage der Erhaltung der Wälder und empfiehlt Maßregeln für die Verbesserung der Wasserwege im Inneren des Landes, die Erhaltung von Volkswasser, die Pflege des Universitätswesens, die Forderung des Gesundheitswesens usw.

Die auswärtige Politik.

Der letzte Teil der Botschaft beschäftigt sich mit der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten, sowie mit den Angelegenheiten des Meeres und der Flotte. In dieser Beziehung wird folgendes ausgeführt:

Die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten basiert auf der Theorie, daß das Recht gegenwärtig in den Beziehungen zwischen den Völkern bestehen muß wie zwischen einzelnen Personen. In unseren Handlungen haben wir in den letzten zehn Jahren unsere Redlichkeit durch unsere Taten bewiesen. Wir haben uns gegenüber den anderen Nationen so verhalten und verhalten uns ihnen gegenüber lo, wie im privaten Leben ein ehrenvoller Mensch sich seinen Mitmenschen gegenüber verhalten würde. Die Politik, die die japanisch-amerikanischen Beziehungen gemacht haben, sind der sorgfältigen Aufmerksamkeit des Kongresses wert. Von anderer Zeit der Welt hat während der letzten zehn Jahre ein Verhältnis eine größere Entwicklung als auswärtigen Handels gezeigt. Dieser Zeit der Erde wird wahrscheinlich größere Gelegenheit für eine legitime Ausdehnung unserer Handels, als irgend eine andere Gruppe von Ländern. Das Wert des Panamakanals wird mit einer Sicherheit, einer Kraft und einer Macht

erfüllung weilt gehört, da dieses Werk zu einem Musterbeispiel für alle Werke dieser Art werden. Ich empfehle wiederum die Ausdehnung der Olympischen Spiele von 1896 in der Richtung, daß genügende amerikanische Volkspannlinien nach Südamerika, Asien, den Philippinen und Ostindien eingerichtet werden. Die Schaffung solcher Panamerikanischer Wege ist die natürliche Folge der Reize unserer Schiffe. Die Flotte ist und der Gründung des Panamakanals vorausgehen. Selbst unter günstigen Umständen müssen mehrere Jahre vergehen, ehe solche Linien in Tätigkeit treten können. Die besondere Aufmerksamkeit des Kongresses lenke ich auf Hawaii. Die Bedeutung dieser Inseln ist offenbar, und es ist dringend notwendig, daß ihre Lage eine Verbesserung erhalte, und daß ihre Wirtschaftliche Entwicklung gefördert wird. Auf den Philippinen werden wichtige Fortschritte zur Selbstverwaltung gemacht. Ich habe das Vertrauen, daß in einem Wechseljahre die Zeit kommen wird, wo die Philippinen selbst entscheiden können, ob es gut für sie ist, unabhängig zu werden oder weiter unter dem Schutze einer starken und selbstlosen Macht zu bleiben, die imstande ist, den Inseln Ordnung und Frieden und Schutz gegen eine fremde Invasion zu sichern. Wiederum empfehle ich, daß den Einwohnern von Puerto Rico die amerikanische Bürgerrecht angeboten werde. Auf Cuba wird unsere Aufmerksamkeit in ungeschiegender Monaten aufgehen. Ich erwarte die Gelegenheit, um öffentlich zu erklären, daß ich die Aufnahme, die unsere Schiffsfahrts in Japan, Australien, Neu-Seeland und in allen Staaten Südamerikas gefunden hat, hoch anerkenne.

Was das Meer betrifft, lenke ich die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Tatsache, daß, während unsere jüngeren Offiziere und Mannschaften in hohen Maße tüchtig sind, bei dem gegenwärtigen System der Beförderung nach dem Zeitalter viele Leute in die höheren Grade gelangen, die nur in mittelmäßiger Fähigkeit haben. Unsere Marine sollte auf moderner Grundlage reorganisiert werden. Gerade in dieser Hinsicht sollte die Selbstverwaltung nicht sein. Infanterie und Artillerie sind für unsere Bedürfnisse jetzt zu gering an Zahl. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Wachpostenposten gewidmet werden.

Die Beschlüsse des General Board bezüglich der Vermehrung der Flotte sind mein Billigung, und ich mache besonderen aufmerksam auf die Notwendigkeit des Baues weiterer Torpedobootarchivier und Kohlenfahrer, vor allem von vier Schlachtschiffen. Es ist wünschenswert, sobald wie möglich ein Geschwader von acht Schlachtschiffen des besten bestehenden Typs zu beschaffen.

Die Botschaft schließt: Die Flotte sollte als eine rein militärische Organisation behandelt werden, und alles sollte dem einen Ziele, der Sicherung der militärischen Wirksamkeit untergeordnet werden.

„Hausdame und Herzensfreundin“ in der Gesandtschaft.

In dem Organ des Bundes der Landwirte lesen wir:

Der deutsche Gesandte an einem osteuropäischen Hofe soll verhandeln haben, daß seiner Hausdame, die neberste als seine Herzensfreundin bezeichnet wird, von den Gästen des Hauses und von dem Personal der Gesandtschaft die Behandlung zuteil werde, die sonst nur der Hausfrau gebührt. Es soll den Gästen an der Festsetzung zwischen dem Gesandten und anderen Mitgliedern der Gesandtschaft gekommen sein, und man soll über diese Dinge ganz öffentlich in der betreffenden Residenzstadt sprechen. Wir halten das bis auf weiteres für Platz, bis die ausführliche Presse nicht weitertragen sollte. Ein Gesandter, von dem bezügliche Dinge mit Recht und Würdigem gesagt werden, würde nach unserer Beobachtung nicht einen Tag länger im Amte geblieben sein. Selbstverständlich ist es trotzdem die Pflicht der maßgebenden Stellen, die Angelegenheit zu untersuchen und das Ergebnis der Untersuchung der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten. Wir sind aber, wie wir nochmals hervorheben möchten, von vornherein überzeugt, daß ein deutscher Gesandter einer derartigen Behandlung nicht fähig ist.

Wir wollen der „Deutschen Tageszeitung“ hierzu mitteilen, daß uns schon vor etwa Jahresfrist Zeitungsblätter aus dem Stipe eines Gesandten vorliegen, die in ziemlich scharfer Weise schrieben, wie unangenehm die hier angeordneten Dinge in der Gesellschaft seiner osteuropäischen Residenz empfunden würden. Wir nehmen an, daß der Gesandte über diese Angaben der Landespresse als Ausdruck der Stimmung in jener Residenz und auch aus anderen Gründen nach Berlin berichtet hat. Vielleicht sind diese Zeitungsblätter dem Auswärtigen Amt auch von anderer Seite zugehört worden, wo man natürlich die Sprache jenes Landes durchaus versteht. Gelesen und verstanden worden sind jene Artikel also im Auswärtigen Amt sicherlich. Wenn man den „informierten“ Gesandten trotzdem auf seinem Posten gelassen hat, ihn sogar neuerdings, wie es hier, zu noch einflussreicheren Diensten hat beurlauben wollen, so wird wohl die Hausdame- und Herzensfreundin-Angelegenheit im Auswärtigen Amt zur Zufriedenheit beider Teile erledigt worden sein. Um so weniger aber brauchte das Auswärtige Amt mit einer Erklärung über die Sachlage zurückzuhalten, nachdem die Sache einmal öffentlich angegriffen worden ist.

Kaiserferien.

Einen neuen Beitrag zu den öffentlichen Zuständen bringt ein pommerischer Kreisblatt. Es enthält folgenden Bericht aus Bublitz:

In Friedeneshof, einem Ausbau von Bublitz, hat der Herr Reichel im Einverständnis mit dem Lokal-Vorsteher den Kreislandtagsmaterial zu den Kaiserferien erhalten. Da ist die Einwohner von Friedeneshof, die bis dahin das Heizmaterial für die

Schule lieferten, ebenso die Stadt Bublitz, die jetzt das Heizmaterial geben soll, weniger, es zu liefern, so werden Reichel und Schüler noch einige Zeit „Kälteferien“ haben.

Das sind hauptsächlich herrliche Schulgründe. Ein trauriger Beitrag zu dem leider heruntergefallenen Kapitel „Preussischer Schuljammern“.

Für die Beibehaltung der Todesstrafe

hat sich gestern die französische Deputiertenkammer nach heftigen Debatten entschieden. Wie aus Paris berichtet wird, hat die Kammer bei der gestrigen Beratung des Gesetzes zur Abänderung des französischen Strafrechtsden § 1 des Artikels 1, der die Todesstrafe auferlegt, erhalt in der Fassung der Kommission mit 380 gegen 201 Stimmen angenommen.

Eine türkisch-österreichische Verhandlung

Nach einem Telegramm aus Konstantinopel erfährt das dortige Blatt „Istana“ aus authentischer Quelle, daß die Verhandlungen zwischen der Pforte und Oesterreich-Ungarn demnächst beginnen werden.

Das Casablanca-Schiedsgericht.

Die deutsche Regierung hat, wie offizios mitgeteilt wird, für das Schiedsgericht in Casablanca ein Komitee von vier deutschen und vier österreichischen Auswärtigen Amtsräten und den italienischen Staatsrat Giuliano zu Schiedsrichtern gewählt. Die von der deutschen und die von der französischen Regierung gewählten Schiedsrichter werden gemäß Artikel 2 des Schiedsvertrages vom 24. November d. J. zum Herbst einen Mann zu wählen haben.

Ein in Paris eingetroffenes Telegramm aus Casablanca meldet: Der französische Minister über die Italiener Rubino, während beide dem Pächter Kamenur besetzen wollten. Als Mercier sich weigerte, den Kamenur zu ermorden, wurde Rubino aus Furcht, von seinem Genossen verraten zu werden, diesen durch einen Revolveranschlag zu töten. Die Angel ging aber fehl, worauf Mercier den Rubino niederschloß.

Seiner politischen Charakter hat dieser Zwischenfall nicht, er beweist aber, daß die Sicherheitsverhältnisse in Casablanca sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Petersburg, 8. Dezember. Die Oktoberisten haben in der Reichsduma eine an den Minister des Inneren gerichtete dringende Interpellation eingebracht, die die Unfähigkeit der Reichsregierung zur Staatsverwaltung in Kämpfe gegen die Cholera zum Gegenstand hat.

Was aus Abessinien zu holen ist.

Die Deutsch-Orientalische Gesellschaft veranstaltet vorgestern im großen Saal der königlichen Akademie einen Vortragabend. Das Thema lautet: „Die weltwirtschaftliche Bedeutung Abessiniens und der Verkehrsweg durch das Rote Meer.“

Redner war Konzeptionsrat Karl Vossler, der der im Jahre 1904 zum Abschluß eines Handelsvertrages nach Abessinien entsandten deutschen außerordentlichen Gesandtschaft als Handelsattaché beigekam. Er sprach kurz die Entwicklung des Landes durch das Rote Meer bis zu seiner heutigen Bedeutung, schilderte dann die interessante Reise der Gesandtschaft, gab, nachdem er ein sehr sympathisches Bild des hochintelligenten kalträchtigen Kaisers Menelik II. entworfen hatte, eine voluminöse Beschreibung von Land, Bevölkerung, Klima, Sprache, Religion, Sitten, hob auf die internationale Literatur gefahrl, die enorme Fruchtbarkeit des Bodens, der vielfach jährlich drei Ernten liefert, sowie die zahlreiche Bevölkerung hervor und ließ sich über den Handel aus. Er wies auf die Möglichkeit hin, eine der ägyptischen Baumwollens ebenbürtige Qualität bauen zu können. Nun folgte eine politische Betrachtung, aus der hervorging, daß Frankreich und England in bezug auf ihren Einfluß in Abessinien abgemessen haben, daß aber für England der politische Einfluß, des Hauptwertes Abessiniens wegen, eine vitale Frage sei. Von großer Bedeutung für eine kraftvolle Entfaltung des Handels werde die Erhaltung des Regens an Frankreich gegebene Erlaubnis zum Weiterbau der vom Hafen Djibuti kommenden Bahn bis zur Hauptstadt sein. Weiter legte der Redner die historische Entwicklung unserer Beziehungen zu Abessinien und den Bedeutung Abessiniens in den letzten beiden Decennien dar. Besonders interessant waren die Mitteilungen, daß der Herrscher des früher sehr unabhängigen Abessiniens kein Mann der Kultur erschienen wolle und bereit sei, Deutschland in Anbetracht dessen, daß es naturgemäß ausschließlich handelsinteressen verfolge, die weitgehendsten wirtschaftlichen Vorteile einzuräumen.

Es sei dringend geboten, den Augenblick zu nutzen, um seinen Fuß in Abessinien zu fassen. Neben dem Erwerb des Reiches seien die noch geringen Handelswegen unentbehrlich. Nur durch eine energische wirtschaftliche Bearbeitung mit sehr potenten Mitteln, durch Erleuchtung des Volkes, wie es seinen ungenutzten reichen Boden mit dem zahlreichen herrlichen Viehbestand praktisch ausnutzen könne durch größere Anbau des billigen, vorzüglichen Kaffees, von Säulen, Wachs, Gummi, Kautschuk, Zibeth, Getreide, Drogen, durch die Entwicklung des Bergbaus im Anbetracht der vorhandenen vielfachen Mineralien, durch Unternehmungen aller Art und Realisierung vieler anderer vom Redner angeführten Möglichkeiten sei mit der Vollendung des Bahnbau ein Resultat zu erzielen, das die aufgewandten großen Kapitalien und Mühen reichlich lohnen und große Erwartungen überreffen werde.

Ob diese Anschauungen nicht allzu rosig sind?